B3

Arbeiter-Stimme

Einzelnummer 10 Pf.

Morgen Mittwoch: Berichte der Rußland-Delegation

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

erscheint jeden Morgen nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark, monatlich 2 Mark; durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Sport" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güntzbachstraße 3, I. Fernsprecher: 17 203. ★ Redaktion Dresden-A., Güntzbachstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 15 729 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 20 Goldpfennige für die einmal gespaltene Nonpareillezeile, 90 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 90 Goldpfennige für die Reklamezeile entsprechend an den dreigespaltenen Zeitschriftenteil ★ Anzeigen tags vorher bis 6 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 28. Juli 1925 — Nummer 89

48 Millionen Mark Sonderlast aufs Brot!

Einige konkrete Tatsachen

Die neue Zollvorlage sieht einen Zollsatz von 50 bis 100 Mark pro Tonne **Thomasphosphatmetall**, Phosphor usw. vor. Nun wurden vom Januar bis zum April 1925 für 10 Millionen **Mark 265 000 Tonnen** allein an Thomasphosphatmehl importiert; es handelt sich um das nebst Stickstoff und Kali wichtigste Düngemittel, unentbehrlich für jede intensiv betriebene Landwirtschaft.

Auf das Jahr gerechnet werden also rund 800 000 Tonnen Thomasphosphatmehl importiert. Dazu kommen noch andere phosphorhaltige Düngemittel. Nehmen wir nur 800 000 Tonnen und einen Durchschnittssatz von 60 Mark pro Tonne, so erhalten wir eine Sonderlast von 48 Millionen Mark.

Was heißt das? Entweder die gleichen Mengen dieses Düngemittels werden importiert wie bisher, dann ist die Folge, daß die durch den Zoll erhöhten Produktionskosten in den Getreide- und Brotpreis einkalkuliert werden, daß also der Brotpreis entsprechend steigt.

Oder der Import geht zurück, dann ist die Folge ein Rückgang der Intensivierung, das heißt ein Rückgang des Ernteertrages, eine Verminderung der Getreide- und Brotvorräte, also ebenfalls eine Steigerung des Brotpreises.

Landwirtschaftliche Maschinen

Bei Thomasphosphatmehl ist es immerhin möglich, daß die am Import nach Deutschland interessierten Länder (Frankreich und Belgien) auf eine Herabsetzung der Zollsätze drängen. Anders bei landwirtschaftlichen Maschinen. In den ersten 4 Monaten 1925 wurden lediglich für 727 000 Mark landwirtschaftliche Maschinen importiert. Der Import würde aufs Jahr gerechnet 3000 Tonnen im Werte von 6 Millionen Mark ergeben. Das ist nur ein ganz kleiner Bruchteil des Bedarfs der deutschen Landwirtschaft an Maschinen und Geräten. Allein der Export der deutschen landwirtschaftlichen Maschinenindustrie betrug rund 10mal mehr als der Import. Fast der gesamte Bedarf der deutschen Landwirtschaft wird in diesem Fall von der inländischen Industrie gedeckt.

Was haben Zölle hier für Zweck? **Lediglich den, das inländische Preisniveau in die Höhe zu schrauben.** Denn bei den minimalen Importziffern hat kein Staat der Welt irgendein Interesse daran, eine Herabsetzung der Zollsätze auf landwirtschaftliche Maschinen zu erkaufen. Und wie sind die Zölle? Ein paar Beispiele:

Sensen und Sicheln pro Tonne	250 Mark
Strohmesser pro Tonne	120 Mark
Mähmaschinen pro Tonne	80 Mark

Diese Zollsätze sind doppelt so hoch als in der Vorkriegszeit. Nach verschiedenen Schätzungen beträgt der Gesamtbedarf an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten jährlich rund 500 Millionen Mark. Die neuen Zollsätze lassen eine Preissteigerung für solche Produkte um etwa 10 Prozent im Durchschnitt erwarten.

So sieht in Wirklichkeit die Absicht der Regierung aus, die Intensivierung der Landwirtschaft zu fördern.

Preissteigerungen für Arzneiwaren

Arzneiwaren erhalten nach der neuen Zollvorlage einen Zollschutz, der 750 Prozent des Vorkriegssatzes beträgt. Wie vor dem Krieg, ist der Import von Arzneiwaren auch heute minimal, wie vor dem Kriege wird auch jetzt der vorgesehene Zollhöchstsatz den wirklichen Zollsatz darstellen, da bei den niedrigen Importmengen das Ausland kein Interesse an der Herabsetzung dieser Zölle hat. Das gleiche gilt für die meisten übrigen chemischen Produkte. (Tinte, Soda, Graphit, Ultramarin.) Fast überall liegt der Zoll hier 10mal höher als vor dem Kriege.

In der Begründung der Zollvorlage heißt es, die Zollsätze seien deswegen so hoch, weil das Ausland sich niedrigere Zollsätze durch Gegenkonzessionen erst erkaufen müsse. Das Ausland denkt aber gar nicht daran. Der Zweck der neuen Zölle ist also lediglich eine Preissteigerung.

Textilzölle

Verschiedene Verbände der verarbeitenden Textilindustrie haben Aufstellungen gemacht, aus denen hervorgeht, daß in Auswirkung der neuen Zollvorlage Baumwollgewebe mit 17 bis 29 Prozent ihres Wertes belastet werden. Eine derartige Preissteigerung für Baumwollgewebe und entsprechend für Textilfertigfabrikate wie Hemden, Strümpfe, Anzüge usw. muß nicht nur eine Verminderung der Exportmöglichkeiten, sondern in erster Linie eine in die Hunderte von Millionen Mark gehende Belastung der breiten Bevölkerung zur Folge haben.

Was die Engländer dazu sagen

Der „Manchester Guardian Commercial", ein Organ des britischen Textilkapitals, beschäftigt sich in seiner Nummer vom 23. Juli mit der deutschen Zollvorlage, insbesondere mit den Textilzöllen. Charakteristischerweise hält er die Zollsätze für englische Interessen keineswegs für gefährlich. Wieso? Ist nicht England am Import von Textilwaren, insbesondere von Garnen, nach Deutschland außerordentlich stark interessiert? Der betreffende Artikel verweist demgegenüber auf die Preissteigerung, die in Deutschland seit Veröffentlichung der Zollvorlage bereits eingetreten sei, und er meint, die Preise werden noch weiter steigen. Infolgedessen werden die deutschen Fertigfabrikate auf dem Weltmarkt noch weniger konkurrenzfähig sein als bisher. **„Der Export von Endprodukten muß zurückgehen zugunsten der britischen Konkurrenz."** Mit anderen Worten: **„Das Auslandskapital freut sich über eine derartige Selbstbelastung der deutschen Wirtschaft.**

Das ist das gleiche, was der Vorstand des deutschen Außenhandelsverbandes über die Zollvorlage zu sagen hatte: Eine **„Selbstblockade Deutschlands"**; nämlich eine **Verminderung des Imports, d. h. eine Verminderung des Konsums, zugleich mit einer Verminderung des Exports.**

Agrar- und Industriezölle

Ueber die Milliardenbelastung der breiten Bevölkerung infolge der Agrarzölle haben zuweilen auch sozialdemokratische Blätter geschrieben. Die Milliardenbelastung infolge der Industriezölle haben sie verschwiegen. Nach einer Aufstellung des „Berliner Tageblatts" betragen die Zolleinnahmen des Reichs, aufs Jahr gerechnet, nach der neuen Vorlage aus Agrarzöllen 250, aus Industriezöllen dagegen 350 Millionen Mark. Bei Industrieprodukten wird Deutschland in noch höherem Grade durch inländische Produktion versorgt als bei Agrarprodukten. Die Preissteigerung muß sich hier also noch in viel riesenhafterem Umfang auswirken als bei Agrarprodukten. Bei einer großen Menge der Industriezölle ist der Import der belasteten Produkte derartig minimal, daß der Zweck der Vorlage lediglich ist, eine Preissteigerung einzuleiten.

Die Gesamtbelastung der breiten Bevölkerung durch die Industriezölle beträgt schätzungsweise das Doppelte wie die durch die Agrarzölle.

Mindestzölle

Die neue Zollvorlage sah ursprünglich für Brotgetreide Mindestsätze vor. In den Kompromißanträgen des handelspolitischen Ausschusses des Reichstages sind diese Mindestsätze angeblich fallen gelassen, dafür wurden Mindestsätze für Vieh, Fleisch und Speck beantragt.

Tatsächlich sind aber auch die Mindestsätze für Brotgetreide nicht verschwunden, sondern genau auf der von der Regierung vorgesehenen Höhe beibehalten worden. Die Parteien der Regierungskoalition (Deutsche Volkspartei, Deutschnationale, Zentrum, Bayerische Volkspartei, Wirtschaftliche Vereinigung) haben nämlich beschlossen, bei Handelsverträgen keinesfalls unter die vorgesehenen Zollsätze herabzugehen. Davon steht natürlich in den Anträgen dieser Parteien offiziell kein Wort zu lesen. Das bedeutet aber, daß **an Mindestsätzen praktisch festgehalten wird.**

In gleicher Weise existieren **Mindestsätze bei Industriezöllen.** Geheimrat Harms, ein bürgerlicher Nationalökonom, schreibt in einer eben erschienenen Broschüre: **„Es ist ein offenes Geheimnis, daß zahlreiche Wirtschaftsverbände behaupten, es seien ihnen im Hinblick auf die in den Vertragsverhandlungen zu gewährenden Minimalsätze bestimmte Zusicherungen gemacht worden."**

Die Zollvorlage soll durchgepeitscht werden

Berlin, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Aeltestenrat des Reichstags tritt heute vormittag zusammen, um das Arbeitsprogramm des Reichstags endgültig festzulegen. Die Regierungsparteien machen die größten Anstrengungen, die Zollvorlage noch durchzupeitschen. Doch begegnen sie dabei ernsten Schwierigkeiten, da zum Beispiel bereits gestern 181 Abgeordnete der Regierungsparteien fehlten und die Beschlußfähigkeit stark in Frage gestellt ist. Die „Vossische Zeitung" ist der Ansicht, daß der Reichstag am 1. August evtl. auf Mitte September vertagt werden soll, um dann die Zollsätze anzunehmen. Die Rechtspresse dementiert erbittert diese Nachrichten, die sie als Verzweiflungsaktion bezeichnet und erklärt, die Reichsregierung würde unter allen Umständen daran festhalten, die Zollgesetze zum Abschluß zu bringen und die Vertagungen zu Ende verhindern, die dann natürlich dementsprechend aussehen werden.

Die kanalisierte Revolution

In diesen Tagen, wo die Führer der deutschen Sozialdemokratie der Reaktion und der Ausbeutung wieder einmal verächtliche Bütteldienste leisten gegen das Proletariat, kommen die Aussagen des gewesenen Staatssekretärs Paul von Hintze, die er über den Zusammenbruch im November machte, gerade recht, um die unsäglich klägliche und erbärmliche Verräterrolle der Scheidemänner in ein neues Licht zu rücken.

Paul von Hintze machte diese Aussagen vor dem „Untersuchungsausschuß", der die Verantwortlichen am Zusammenbruch 1918 feststellen sollte. Wir Kommunisten machen in erster Linie nicht Personen, sondern das System verantwortlich; womit nicht gesagt sein soll, daß die Ludendorff und Konsorten vor einem roten Tribunal milde Richter finden werden. Denn diese Herrschaften werden vor einem revolutionären Gericht andere Dinge zu verantworten haben, als den Zusammenbruch der Westfront und des wilhelminischen Bourgeois- und Feudalstaates.

In diesem Sinne interessiert uns das bürgerliche Gekeife und Gezänke daran, wer das Schlamassel der Bourgeoisie im November 1918 verschuldet habe, herzlich wenig. Auch die Frage nach den „Kriegsschuldigen" ist für uns gelöst durch die Erkenntnis von der Wirksamkeit des Imperialismus, der gerade heute wieder in neuen Kriegen sich austobt und sich anschickt, einen neuen, noch viel fürchterlicheren Weltkrieg zu entfesseln. Denn das System des Privateigentums an den Produktionsmitteln mit seiner heutigen politischen Erscheinungsform als Imperialismus wird immer wieder neue Kriege heraufbeschwören.

Sogar die berühmte „Dolchstoßlegende" müssen wir Kommunisten leider bescheidentlich als historische Lüge entlarven. Leider — denn 1918 ging das wilhelminische System an sich selber zugrunde. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren eingekerkert, und wenn auch ihr Wirken die revolutionäre Klärung des deutschen Proletariats mächtig gefördert hatte, so war doch „Spartakus" noch viel zu schwach, um einen „Dolchstoß" zu führen — leider! Denn hätte „Spartakus" diese Kraft besessen, so wäre es Pflicht gewesen, diesen „Dolchstoß" zu führen, hätte das deutsche Proletariat im November 1918 eine bolschewistische Partei gehabt, so hätte diese Partei die Führung der Arbeiterschaft zur wirklichen, zur proletarischen Revolution übernommen.

Statt dessen hatten wir eine säuberlich „kanalisierte Revolution". Statt daß eine Ueberschwemmungskatastrophe den ganzen faulen bürgerlichen Staatsplunder wegriß, kam es nur zu einem größeren Dammbruch, den die Noske, Ebert, Scheidemann und Konsorten mit Arbeiterleichen auffüllten. Weimar bedeutet, daß die revolutionäre Ueberschwemmung vorläufig abgedämmt ist. Mögen die Wellen auch noch zornig anstürmen und aufschäumen: Noskes weiße Garden, Hörsings und Severings Büttel bewachen den Damm.

Ebert hat sich gebrüstet, sein Hauptwerk sei gewesen, in Deutschland einen „Damm vor dem Bolschewismus" zu errichten, und das sei ihm und seinen „treuen" Helfern Noske und Scheidemann gelungen. Diese eitle und dumme Prahlerei wird in ihrer ganzen arbeiterverräterischen Gesinnungslumperei vor den Augen des deutschen Proletariats enthüllt durch die Zeugenaussagen des Herrn von Hintze. Daß Ströme von Arbeiterblut von den „Sozialdemokraten" Noske, Hörsing und Severing vergossen wurden, daß Herr Ebert selig zusammen mit dem unseligen Philipp und der dürren Hand ihren „Damm" aus 15 000 Proletarierleichen erbeuten, mag die Eitelkeit und Gehirnlosigkeit dieser Tröpfe wenig rühren.

Aber es muß sie im Innersten kränken, wenn heute festgestellt wird, daß sie da, wo sie glaubten, eine große „geschichtliche Rolle" — solches blutige Kroppzeug hat nämlich Ambitionen — zu spielen, nur jämmerliche Hampelmänner der Reaktion waren.

Paul von Hintze (wir zitieren nach der „Voss. Ztg." Nr. 342 vom 22. Juli) vor dem „Untersuchungsausschuß nämlich aus (über eine Konferenz in Spaa am 29. September 1918, an der teilnahmen der Kaiser, Hindenburg, Ludendorff und von Hintze), wie Hindenburgs Votum im Ausspruch gipfelte:

„Das Heer bedarf sofortigen Waffenstillstandes."

Dann sagte Hintze:

„S. M. der Kaiser befahl daraufhin meine Vorschläge. Ich begann mit der Diktatur, das Für und Wider auseinandersetzend in dem Sinne, wie in diesem Bericht bereits geschildert. S. M. tat diesen Ausweg ab mit dem Satz (wörtlich): „Diktatur ist Unsinn." Ich entwickelte darauf die Gefahr einer Revolution — wie vorstehend geschrieben — und fügte den Vorschlag daran (wörtlich): „die Revolution zu kanalisieren". Ich verstand darunter, die bei Umschwung von Sieg auf Niederlage unvermeidliche